

GÜTERSLOHER
VERLAGSHAUS



Gütersloher Verlagshaus. Dem Leben vertrauen

**Für meine Enkeltochter NOVA
(geb. am 31. August 2011)
und alle Nachgeborenen**

An die Nachgeborenen

»Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten! (...)

Ihr aber, wenn es so weit sein wird

Dass der Mensch dem Menschen ein Helfer ist

Gedenkt unserer

Mit Nachsicht.«

BERTOLT BRECHT (1889–1956)

HORST W.
OPASCHOWSKI

DER
DEUTSCH
LAND
PLAN

WAS IN POLITIK UND GESELLSCHAFT
GETAN WERDEN MUSS

Gütersloher Verlagshaus

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Verlagsgruppe Random House
FSC-DEU-0100

Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier

Munken Premium Cream liefert Arctic Paper Munkedals AB, Schweden.

1. Auflage

Copyright © 2011 by Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh,

in der Verlagsgruppe Random House GmbH, München

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagmotiv: © OHRAUGE – Fotolia.com

Druck und Einband: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-579-06671-4

www.gtvh.de

Inhalt

Vorwort	9
»Die Dinge vom Ende her denken ...« Deutschland braucht Visionen.....	9
A. Was passiert, wenn nichts passiert	13
Die RisikoAnalyse	13
I. Die Postindustrialisierung	15
1. Arbeiten ohne Sicherheiten Befristete Jobs im Niedriglohnbereich	15
2. Nie mehr Feierabend – Arbeitsleben im Dauerstress	19
3. Eine Welt des Mangels droht Bevölkerungsexplosion und Migration.....	26
4. Das Leben gerät aus dem Gleichgewicht Probleme des Übergangs.....	29
5. Krisen werden Normalität Leben mit Untergangs-Szenarien.....	31
II. Die Prekarisierung	35
1. Sich des Wohlstands nicht mehr sicher sein Angst vor dem Abstieg.....	35
2. Wohlstandsverluste für die nächste Generation Ende einer Illusion	37
3. Sinkende Lebensqualität – Der Sozialstaat kippt.....	39
4. Das Null-Szenario Zwischen Null-Wachstum und Null-Fortschritt	44
5. Eine Kette ohne Ende Der größte Schuldenberg der Nachkriegsgeschichte	46
III. Die Brasilianisierung	51
1. Krasse Klassengesellschaft Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer	51
2. Gefährdung des sozialen Friedens Kriminalität und soziale Konflikte	53
3. Am Leben vorbei Armutskarrieren und private Schuldenfallen	57
4. Schwarzarbeit im Aufwind – Die Nebenerwerbsquelle.....	61
5. Die Schattenwirtschaft blüht – Ein Massengeschäft.....	64

IV. Die Postdemokratisierung	68
1. Zwischen Bürgerwut und Bürgermut Die Folgen des demokratischen Wandels.....	68
2. So frei und so ungerecht wie nie Die weltweite Vertrauenskrise.....	69
3. Bürger glauben Politikern nicht mehr Politikerverdrossenheit breitet sich aus.....	71
4. Mehr Machthaber als Wohltäter Jungwähler werden Wahlverweigerer.....	74
5. Politiker ohne Zukunftsvisionen Parteien verlieren ihre Basis	77
V. Die Cyberisierung	80
1. Ständig unter Strom Der gescannte Mensch	80
2. Einbruch in die Privatsphäre Wehrlos gegen Datendiebstahl.....	83
3. Kollektive Ausspähung Leben mit Videokameras	91
4. Jeder Vierte denkt an »Internetausstieg« Persönliche Reaktionen auf die Internetkriminalität.....	93
5. Die »Compunikation« kommt Mehr virtuelle als echte Freunde.....	100
B. Was getan werden muss	111
Der DeutschlandPlan.....	111
I. ArbeitsAgenda	115
1. Frauen in Führungspositionen.....	115
2. Die Wirtschaft braucht ältere Arbeitnehmer	117
3. Ausweg aus der Rentenfalle Freiwillig länger arbeiten	119
II. GesundheitsAgenda	122
1. Therapien von Volkskrankheiten	122
2. Verhinderung von Epidemien	123
3. Mehr Pflegedienste als Pflegeheime	124
III. WohnAgenda	128
1. Servicewohnen wichtiger als betreutes Wohnen	128
2. Generationenhäuser im Trend	129
3. Schutz vor Einbrüchen	130

IV. UmweltAgenda	132
1. Gebrauchen statt Verbrauchen	132
2. Stromerzeugung durch Müllverbrennung.....	133
3. Steuergutscheine als Anreiz für E-Mobile.....	134
V. EnergieAgenda	136
1. Ruf nach Niedrig-Energiehäusern	138
2. Wind- und Solarenergie	139
3. Vom Wasser bis zur Geothermie Suche nach neuen Energiequellen	140
VI. MedienAgenda	141
1. Neue Sicherungssysteme gegen Datendiebstahl	141
2. Schutz der Privatsphäre	142
3. Verhinderung von Cyberterrorismus	145
VII. BildungsAgenda	147
1. Forderung nach bundeseinheitlichem Bildungssystem	147
2. Ganztagschulen als Regelschulen	149
3. Soziale Projekte in der Schule	150
VIII. SozialAgenda	152
1. Förderung der Generationenbeziehungen	152
2. Steuererleichterungen für soziale Engagements	153
3. Helferbörsen in Wohnquartieren	155
IX. Staats/PolitikAgenda	158
1. Volksentscheide und politische Mitbestimmung	158
2. Bessere Information und Vorsorge	159
3. Verhinderung von Altersarmut	160
4. Kein Wachstum auf Pump	162
5. Schuldenabbau statt Steuersenkung	163
6. Keine neuen Kredite	164
X. GesellschaftsAgenda	166
1. Zukunftshoffnung – Leben in der Fortschrittsgesellschaft	166
2. Wann, wenn nicht jetzt – Die nächste Generation wartet nicht	169
3. Wohlergehen für alle – Das neue Leitbild	172
4. Carpe diem! – Lebensstile der Zukunft.....	178
C. Was sich ändert, wenn wir uns ändern	
Die Zukunftsperspektive	181

I. Wirtschaft braucht Werte	
Die Produktivität des Sozialen	183
II. Vom Konflikt zum Konzept	
Umweltpolitik vor neuen Aufgaben	188
III. Hilfe – Macht – Sinn	
Ermutigung statt Entmündigung	195
1. Deutschland gehen die Ehrenamtlichen aus	
Freiwillige wollen Auszeichnung statt Ausbeutung	195
2. Gut für das Gemeinwohl	
Die Zukunft gehört einem neuen Helfertypus	198
3. Zeitspenden und Punktekonto	
Engagement zwischen Geben und Nehmen	205
IV. Vom Macher zum Ermöglicher	
Aktivierende Kommunalpolitik als Daseinsvorsorge	213
V. Das soziale Netz der Zukunft	
Generationenbeziehungen und Generationenpolitik	218
1. Ende des Individualismus	
Unterwegs zum Zeitalter des gemeinsamen Lebens	218
2. Die Zukunft der Familie	
Eine multilokale Generationenbeziehung	220
VI. Von der Anspruchs- zur Mitmachgesellschaft	
Die Gemeinschaft auf Gegenseitigkeit	233
VII. Deutsche werden zukunfts hungrig	
Jeder Zweite fordert Generationengerechtigkeit	239
D. Anhang	245
I. Grundlagenliteratur	247
II. Methode und empirische Basis der Repräsentativstudie	256

Vorwort

»Wir leben in einer Zeit, in der wir uns im Wesentlichen mit der Rückschau beschäftigen. Deshalb wünsche ich mir, dass wir die Zukunft als einen Raum von Möglichkeiten verstehen. Zukunft bezieht sich übrigens auf die nächsten drei Monate ...«

ANGELA MERKEL, Bundeskanzlerin,
auf der Zukunftskonferenz
am 18. Mai 2009 in Berlin

»Die Dinge vom Ende her denken ...«

Deutschland braucht Visionen

Der Autor hatte einmal einen politischen Traum – vor einem Vierteljahrhundert: »Die Macher gehen, die Inspiratoren kommen ...« (Opaschowski 1985, S. 4 ff.): Die Schaffer nach dem Krieg und die Macher in wirtschaftlichen Wohlstandszeiten sollten durch Visionäre, von denen ein positiver Bazillus ausgeht, ersetzt werden, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. Und jede politische Gruppierung müsste ein Interesse daran haben, sich als moderne Zukunftspartei zu präsentieren.

Ganz anders ist es gekommen. Wir leiden unter einer Tagespolitik »auf Zuruf«, müssen mit kurzlebigen Entscheidungen leben und sehnen uns nach verlässlichen Visionen, die es nicht gibt. Wir werden in naher Zukunft sicher irgendwie landen, aber nicht wissen wo. Die politischen Akteure vermitteln den Eindruck: »Wir wissen auch nicht, wo wir hin wollen. Wir werden aber auf jeden Fall als Erste da sein ...« Um es deutlich zu sagen: Ingenieure können Imaginateure nicht ersetzen. Von dem Philosophen und Sozialpsychologen Erich Fromm (1900–1980) ist uns das Wort überliefert: »Wenn das Leben keine Vision hat, nach der man strebt, nach der man sich sehnt, die man verwirklichen möchte, dann gibt es auch kein Motiv, sich anzustrengen.« Da stehen wir heute: *Deutschland braucht Visionen.*

Die Dinge vom Ende her denken – und dann handeln! Dieser Satz wird der Physikerin Angela Merkel zugeschrieben, die zugleich Politikerin ist. Doch in der Politik stößt dieses physikalische Denken immer öfter an seine Machbarkeitsgrenzen. Die Vorausschau reicht mitunter nur für einen Zeitraum von drei Monaten. Dann ist Umdenken und manchmal auch Umkehren gefordert. Und die Bürger müssen zur Kenntnis nehmen, *was gerade noch geht* – obwohl sie eigentlich wissen wollen, *wohin es geht*. In der Bevölkerung entsteht der Eindruck einer Politik des Abwartens und Reagierens – von Krise zu Krise. Die aktuelle Krise wird bewältigt und die nächste Krise erwartet.

Es gibt bisher keine weitsichtige Vision für die Zukunft Deutschlands. Die Politik weiß um diese Schwäche. Auf die Frage in der Bundespresskonferenz, was sie an Helmut Schmidt am meisten schätze, antwortete Angela Merkel: »*Die Fähigkeit, zwanzig Jahre vor auszudenken.*« Schmidt ist einer der Ersten gewesen, der die Folgen der Globalisierung frühzeitig erkannt hatte. Wer Zukunft menschlich gestalten will, muss Vorsorge mit Vorausschau verbinden. Andernfalls wird die Zukunft kommender Generationen aufs Spiel gesetzt.

- *Was passiert, wenn nichts passiert* – wenn wir die Entwicklung so weiterlaufen lassen, wie sie läuft, wenn wir die Richtung nicht ändern oder gegensteuern? Dies wird eindringlich und anschaulich im ersten Teil des Buches beschrieben. Das ist die negative Botschaft in Form von Risikoanalysen und Krisenszenarien.
- *Was in Politik und Gesellschaft getan werden muss* – damit Deutschland eine lebenswerte Zukunft vor sich hat. Das ist die positive Aussage im zweiten Teil des Buches. Denn: Es kann nicht so weitergehen wie bisher. Die Zeit ist reif für den DeutschlandPlan, für einen Prioritätenkatalog politischen Handelns von der Weichenstellung bis zum Kurswechsel.
- *Was sich ändert, wenn wir uns ändern* – zeigt der dritte Teil des Buches auf. Es ist die Zukunftsperspektive mit dem konkreten Hinweis: So wollen wir morgen leben!

Die Chinesen kennen für Krise und Chance nur ein Schriftzeichen. Und im Griechischen hat Krise die Bedeutung von »Wendung«, weist

also positiv auf den Beginn von etwas Neuem und Erneuerbarem hin. Die ökonomische, technologische und soziale Entwicklung in Deutschland hat einen Wendepunkt erreicht. Der folgende DeutschlandPlan beschreibt den neuen Anfang für Interventionen von heute und Investitionen für morgen. Markiert werden Richtungsänderungen und Kehrtwenden von der Energie- bis zur Schuldenwende.

Schon vor zwei Jahrzehnten hatte der Autor *vorausdenkende Verantwortung in Politik und Gesellschaft* angemahnt, wenn die Zukunft nicht verspielt oder verschlafen werden soll: »Es reicht wohl nicht aus, wenn wir der Generation nach dem Jahr 2000 verkünden: Das haben wir alles schon gewusst! – aber keine Antwort darauf geben können: Warum habt ihr denn nichts dafür oder dagegen getan?« (Opaschowski 1992, S. 3). Der Autor hält weiter unbeirrt an diesem Grundanliegen fest – wohlwissend, dass sich manche Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegen dieses Vorauswissen sperren. Der Eindruck entsteht: Einige wollen gar nicht wissen, was noch alles auf sie zukommt ...

Unwissenheit macht blind, während mit dem Wissen das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten wächst und die Innovations- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands erhalten bleibt. Es geht nicht um staatlichen Aktionismus. Doch der DeutschlandPlan macht klar: Ohne eine grundlegende Änderung der politischen Prioritäten werden die Probleme der Zukunft nicht zu lösen sein.

Horst W. Opaschowski

A. Was passiert,
wenn nichts passiert

Die RisikoAnalyse

I. Die Postindustrialisierung

1. Arbeiten ohne Sicherheiten

Befristete Jobs im Niedriglohnbereich

Als Aldous Huxley 1931 seinen Zukunftsroman »Brave New World« schrieb, war er davon überzeugt, dass wir bis zum 6. oder 7. Jahrhundert »nach Ford« noch viel Zeit hätten: Von der ständigen Ablenkung durch Unterhaltungsangebote des Sports und der Musicals über die Verabreichung einer pharmakologisch hervorgerufenen Glückseligkeit bis zur Abschaffung der Familie reichte der Spannungsbogen seines ebenso phantasievollen wie zynischen Bildes einer neuen Gesellschaft. Doch schon knapp drei Jahrzehnte später (Huxley 1959) musste Huxley eingestehen: »Die Prophezeiungen von 1931 werden viel früher wahr, als ich dachte.«

Weitere Jahrzehnte später wagte der amerikanische Soziologe Daniel Bell eine erste Vorausschau in Richtung Zukunft (»A Venture in Social Forecasting«). Seine Prognose (Bell 1973) lautete: Wir werden *in den nächsten dreißig bis fünfzig Jahren das Aufkommen der postindustriellen Gesellschaft* (»The Coming of Post-Industrial Society«) erleben. Inzwischen wird Bells Konzept einer postindustriellen Gesellschaft zunehmend Wirklichkeit, wozu insbesondere der Übergang von der güterproduzierenden Wirtschaft zur Dienstleistungsgesellschaft gehört. Bell sagte seinerzeit voraus, dass mit dem Aufkommen einer neuen Gesellschaft die *Verteilung von Reichtum, Macht und Status infrage gestellt* werde.

Der Postindustrialismus (»post-industrialism«) verändert die Sozialstrukturen grundlegend. Die Information tritt an die Stelle der Rohstoffe in der vorindustriellen Zeit und es kommt zu einschneidenden Änderungen in der Berufsstruktur.

In diesem Zeitalter der Postindustrialisierung wächst bei den Menschen die Angst, »den Bildungslift zu verpassen und damit von den so-

zial privilegierten Plätzen *ausgeschlossen* zu werden« (S. 303). Eine Diskriminierung von Minderheiten droht und Ausbildung, Einkommen und Status werden zu den zentralen Themen der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung aufrücken. Eine »Neudefinition der Gleichheit« (S. 314) wird zwingend erforderlich, damit der Konkurrenzkampf der Verlierer und Gewinner, der Versager und Erfolgreichen nicht unbarmherzig wird. Dieser Wettbewerb ist in vollem Gange. In Deutschland und der gesamten Welt *wächst die Ungleichheit*.

Die Postindustrialisierung gleicht einer De-Industrialisierung: Hunderttausende von Industriearbeitsplätzen gehen verloren. Industriebranchen breiten sich in den Städten und Ballungszentren aus oder stehen unter Denkmalschutz. Und eine Re-Industrialisierung ist nicht in Sicht.

Zwischen Frühindustrialisierung und Postindustrialisierung liegen gerade einmal 120 Jahre. Dieser gesellschaftliche Prozess *Frühindustrialisierung/Industrialisierung/Postindustrialisierung* und seine sozialen Folgen lässt sich sehr anschaulich und konkret am Beispiel der Stadt Duisburg-Hamborn aufzeigen. Hamborn, ehemals eine Abtei, ein Kirchspiel und ein Zusammenschluss verschiedener Bauernschaften, hat eine Entwicklung hinter sich, die dem Aufstieg und Niedergang amerikanischer Goldgräberstädte gleicht:

- Zu Beginn der *Frühindustrialisierung* zählte die Gemeinde im Jahre 1890 gerade einmal 7983 Einwohner. Als sich dann August Thyssen dort niederließ und in amerikanischem Tempo Bergbau und Hüttenindustrie aus dem Boden stampfte, explodierte die Bevölkerungsentwicklung (1900: 29 875 Einwohner – 1904: 52 668).
- In der Hochphase der *Industrialisierung* war das Reservoir der Arbeitskräfte in Hamborn und den angrenzenden Gemeinden bald erschöpft. Das Industrieunternehmen begann nun mit der systematischen Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland (Polen, Siebenbürgen, Kroatien, Slowenien, Niederlande, Italien u. a.). Bereits 1905 war jede vierte Arbeitskraft ein Ausländer (darunter 17 000 Polen). Zur Siedlungspolitik des Unternehmens gehörte es, die Belegschaften in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstätten anzusiedeln – abzulesen an der Bevölkerungsexplosion Hamborns (1908: 81 891 – 1911: 102 800 – 1914: 119 347 – 1928: 132 547).

- In den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts setzte plötzlich die Phase der *Postindustrialisierung* ein mit der Folge von Massentlassungen und Abwanderungswellen: 1975 hatte Hamborn nur noch 113 000 Einwohner. 2011 erreichte die Einwohnerzahl gar einen Tiefstand von 71 000. Eine Berg- und Talfahrt ohnegleichen.

Die sozialen Folgen bleiben nicht aus: In den siebziger Jahren hatte das ehemalige Industriezentrum Hamborn die höchste Arbeitslosigkeit (insbesondere Jugendarbeitslosigkeit) in Deutschland (vgl. Opaschowski 1976, S. 10). Jeder dritte bis vierte Arbeitslose war ein Jugendlicher ohne Zukunftschancen und -perspektiven. Die Stadt hatte den Postindustrialisierungsschub in aller Härte zu spüren bekommen.

Der unaufhaltsame technologisch-strukturelle Wandel von der Industrialisierung zur Postindustrialisierung gleicht einer erdrutschartigen demografischen Revolution in nicht einmal 120 Jahren (1890: 7983 Einwohner – 1929: 132 547 – 2011: 71 000). Die Alterspräsidentin des deutschen Reichstages Clara Zetkin (1857–1933) hat die Hamborner Bevölkerung einmal »das reifste Proletariat der Welt« genannt. In der Tat: Nirgendwo waren und sind die sozialen Folgen der Postindustrialisierung so drastisch spürbar wie in der sogenannten Hambornisierung. Eine frühe Prognose (Opaschowski 1976, S. 31) wird Wirklichkeit: »Dem unaufhaltsamen Aufstieg Hamborns vom Dorf zur Großstadt folgt vermutlich eine lange Periode sozialen Siechtums.«

Die Postindustrialisierung entlässt ihre Kinder – in schlechter bezahlte Servicejobs. Über achtzig Prozent der Bevölkerung in den westlichen EU-Ländern arbeiten heute nicht mehr in Industrie und Landwirtschaft. Viele sind als sogenannte niedrigproduktive Arbeitnehmer beschäftigt. Während die Industriearbeiter traditionell durch Tarifverträge gut abgesichert sind, dominieren im neuen Dienstleistungssektor Niedriglohnjobs mit nur wenig Sicherheit.

Deutschland im 21. Jahrhundert: Aufschwung. Wachstum. Rekordbeschäftigung. So sieht auf den ersten Blick die Zukunft der Wirtschafts- und Arbeitswelt aus. Auf den zweiten Blick ist feststellbar: wachsende Schuldenberge im öffentlichen und privaten Bereich. Immer mehr Be-

schäftigte haben zwei Jobs, nicht nur An- und Ungelernte, auch Landwirte, Friseure und Fachkräfte im Sozialbereich, Künstler, Wissenschaftler und Juristen.

In der sich verändernden Wirtschaft erinnern manche Niedriglöhne an *Hungerlöhne früherer Zeiten* (vgl. Giddens 2007, S. 26). Die Einkommenskluft zwischen einzelnen Beschäftigten wird größer. Und die Verlierer dieser Entwicklung sind die Geringverdiener und Niedriglöhner. Dafür spricht auch, dass nur mehr knapp ein Drittel der Bevölkerung (27 Mio) einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht.

ARBEITEN OHNE SICHERHEITEN

Die Postindustrialisierung und ihre Folgen

Von je 100 Befragten nennen als Zukunftsproblem:

»Die Industriegesellschaft wandelt sich zur Dienstleistungsgesellschaft mit befristeten Jobs im Niedriglohnbereich und schlechteren beruflichen Absicherungen.«

Gesamtbevölkerung	46	14- bis 34-Jährige	40
Frauen	45	35- bis 54-Jährige	52
Männer	47	55-Jährige und älter	45

Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ist folgenreich: Befristete Jobs, Zweitjobs und Arbeiten ohne Sicherheiten breiten sich aus. Fast jeder zweite Bundesbürger (46 %) und 51 Prozent der Berufstätigen befürchten für die Zukunft *das Ende des Normalarbeitsverhältnisses: Atypische Beschäftigungsverhältnisse werden immer typischer*. Minijobs und Leiharbeiten, Zeit- und Teilzeitarbeiten, befristete und geringfügig Beschäftigte weisen zweistellige Zuwachsraten auf (z. B. 2010: +32,5 % im Vergleich zum Vorjahr/Statistisches Bundesamt 2011).

»Deutschland, wann ist Feierabend?« Mit dieser Frage leitete der Autor 1994 eine Problemstudie ein, in der die Wohlstandsentwicklung der letzten dreißig Jahre kritisch hinterfragt wurde. Mit dem Übergang

von der Industrie- zur postindustriellen Gesellschaft würde – so die eigene Prognose – der »Sozial- und Wohlfahrtsstaat an seine Grenzen stoßen.« In den Großstädten und Ballungszentren breite sich eine »*Neue Armut*« aus. Zwischen »Wohlstandsfalle« und »Wohlstandsillusion« hin- und hergerissen stehe dann die *Sozial- und Umweltverträglichkeit der Wohlstandsentwicklung* auf dem Spiel: »Verlieren Staat und Gesellschaft ihre soziale Kontrolle?« (Opaschowski 1994, S. 16). Tief greifende Veränderungen im Sozial- und Wertesystem der Gesellschaft seien zu erwarten – wenn nicht gehandelt werde.

Jetzt ist es so weit. Die Postindustrialisierungsphase verschärft die Mindestlohn-Debatte in Deutschland. Ab wann ist ein Niedriglohn sittenwidrig: Wenn ein Hartz-IV-Empfänger fast genauso viel erhält wie ein Erwerbstätiger? Im Dienstleistungsbereich (z. B. Postdienste, Bewachungsdienste, Einzelhandel) besteht die Gefahr, dass die Löhne tendenziell abgesenkt werden, wenn es nicht zur Festlegung von *Sockelinkommen* oder *Lohnuntergrenzen* kommt.

2. Nie mehr Feierabend

Arbeitsleben im Dauerstress

Vor über einhundert Jahren kam es in den nordöstlichen Bundesstaaten Brasiliens unter Führung des Wanderpredigers Ibiapina zu einem *Bauernaufstand* gegen das Dezimalsystem. Die Bauern überfielen Geschäfte und Lagerräume und zerschlugen die neuen Kilogewichte und Metermaße, welche die Monarchie eingeführt hatte, um das brasilianische System an die übrige Welt anzuschließen und den weltweiten Handel zu erleichtern. Der Aufstand der sogenannten *Kilobrecher* gegen die Globalisierung scheiterte kläglich. Das Rad der Zeit war einfach nicht mehr aufzuhalten.

Die heutigen »Kilobrecher« heißen Globalisierungskritiker oder -gegner. Ihnen geht es allerdings weniger um den Widerstand gegen gesellschaftliche Neuerungen, als vielmehr um die *Frage nach der sozialen Gerechtigkeit*, vielleicht auch um die Utopie einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Die Angst wächst, dass sich durch die Globalisierung die Schere zwischen Arm und Reich in der Welt weiter öffnet.

Die Alternative für viele Länder lautete bisher nur: *Anpassung an die westliche Welt oder Ausgrenzung*. Anpassung aber konnte Selbstverleugnung mit teilweise erniedrigenden Nebenwirkungen bedeuten. So sprießen beispielsweise die Call-Center in Indien wie Pilze aus dem Boden. Da sitzen dann indische Frauen, denen ein amerikanischer Akzent antrainiert wird. »Am Telefon müssen sie sich Susi und Jenny nennen und so tun, als säßen sie irgendwo in Amerika« (Roy 2001, S. 32).

Nicht die Globalisierung ist und wird ein Problem, sondern der Grad der Ungleichheit und die subjektiv wahrgenommene ungerechte Verteilung der Folgen der Globalisierung zwischen Gewinnern und Verlierern. Die Bürger haben Zweifel, ob die Verteilung sozial gerecht und fair ist.

Globalisierung ist ein Schlüsselwort des 21. Jahrhunderts geworden und löst bei den Menschen höchst widersprüchliche Gefühle aus: Ein Drittel der Europäer sieht sich als Gewinner (33 %), ja empfindet die Globalisierung geradezu als Befreiung von allzu engen und längst überholten Grenzen. Jeder fünfte Europäer schätzt sich dagegen als Verlierer (21 %) ein.

In einem sind sich Europäer einig: *Der Prozess der Globalisierung kann nicht mehr zurückgedreht werden* (Opaschowski/Reinhardt 2008). Innerhalb der einzelnen europäischen Staaten sind die Auswirkungen der Globalisierung höchst unterschiedlich spürbar: Jeder zweite Finne (51 %) zählt sich zu den Gewinnern. Ähnlich positiv blicken die Schweizer (43 %), Belgier (43 %) und Briten (39 %) in die Zukunft. Anders sieht es dagegen bei den Deutschen und den Ungarn aus (jeweils nur 19 %).

Global Player und Global Fighter stehen sich derzeit fast unversöhnlich gegenüber: Die einen preisen den weltweiten freien Handel, mehr Wohlstand und Reichtum. Die anderen kritisieren, dass durch die Globalisierung die Kluft zwischen den Reichen und den Armen der Welt noch größer geworden sei. Ein Fünftel der Weltbevölkerung besitzt fast 80-mal mehr Kapital als der Rest der Welt. Vor fünfzig Jahren war das Verhältnis noch 30:1. Die UNO muss daher feststellen, dass der größte Teil der Menschheit in Armut lebt und unzureichend ernährt ist.

Der Prozess der Globalisierung hat die westliche Welt unvergleichlich wohlhabender gemacht und gleichzeitig viele Länder in der Dritten Welt in noch größere Armut gestürzt. Es sind der Gegensatz von Wohlstand und Elend sowie die wachsende Ungleichheit in der Welt, die den globalen Protest ausgelöst haben.

Man muss also zu Recht fragen: »Ist diese Verteilung *fair oder wenigstens akzeptabel* und nicht nur, ob alle Parteien irgendeinen Gewinn aus der Kooperation ziehen« (Sen 2001, S. 9). Es ist die Ungleichgewichtigkeit der Gewinn- und Wohlstandsverteilung, die weltweite Folgen hat: Denn mit mehr wirtschaftlicher Macht geht auch mehr politische und soziale Macht einher.

Der Turbokapitalismus wandelt sich zum Globalkapitalismus, in dem Global Player mehr Macht und Einfluss bekommen als nationale Volkswirtschaften. Wenn z. B. die Umsätze von General Motors höher sind als das gesamte Bruttosozialprodukt von Dänemark – dann wird deutlich, wie schnell die wirtschaftliche Macht der einen die politische Ohnmacht der anderen nach sich zieht.

In Zukunft kann eine weitere extrem ungleiche Verteilung der Wohlfahrtsgewinne zu einer »*Bedrohung der politischen und sozialen Stabilität* in einigen Schwellen- und Entwicklungsländern führen. Schon ein zeitweiliges Konjunkturtief weltweit kann die Verschuldung oder gar *Zahlungsunfähigkeit einzelner Länder* zur Folge haben« – so die Prognose des Autors aus dem Jahr 2002 (Opaschowski 2002, S. 50), die Wirklichkeit wurde (vgl. Griechenland, Island u. a.).

Im Kern sind die Globalisierungskritiker nicht gegen Kapitalismus und freien Welthandel eingestellt. Eher ist es die »*Wut über die eigene Machtlosigkeit*, das Gefühl, von bedeutenden politischen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein und Politik und Wirtschaft nicht mehr kontrollieren zu können« (Opaschowski 2002, S. 51). Die »Wutbürger« (Wort des Jahres 2010) während der Stuttgart-21-Demonstrationen waren die unausweichliche Folge. Über neue Formen der Bürgerbeteiligung muss nachgedacht werden, um eine glaubwürdige *Zukunftsvision von Wohlstand und Freiheit* zu bieten.

»Mit Ausnahme der Atombombe ist der Kapitalismus die erfolgreichste Erfindung der Menschheit« (Luttwak 1999, S. 11). Mit dieser provokanten These eröffnet der Amerikaner Edward Luttwak seine Abhandlung über den »Turbo-Kapitalismus« von heute. Die Formel dieses neuen Kapitalismus zur Jahrtausendwende lautet: *Globalisierung + Privatisierung + Deregulierung = wachsender Wohlstand*. Hinter dieser Formel verbirgt sich ein rastloser europäischer Drang zu entdecken und zu erobern, der sich auf der ganzen Welt ausbreitet. Traditionelle Wirtschaftssysteme, geschlossene Wirtschaftskreise oder kommunistische Planwirtschaften könnten nur noch in abgelegenen Gebieten überleben oder würden einfach beiseitegefegt. Ansonsten werden Pfützen, Teiche, Seen und Meere dörflicher, provinzieller, regionaler und nationaler Märkte zu einem einzigen Wirtschaftsozean (= »Globalisierung«) vereinigt.

Globalisierung gilt nach wie vor als das am meisten gebrauchte und missbrauchte, das missverständlichste und nebulöseste und zugleich am seltensten definierte »Schlag- und Streit-Wort« (Beck 1997, S. 42). Die einen meinen mit Globalisierung die wachsende Internationalisierung, andere haben fast ausschließlich den Arbeitsplatz-Abbau bzw. den Arbeitsplatz-Export im Blick.

NIE MEHR FEIERABEND

Die Postindustrialisierung und ihre Folgen

Von je 100 Befragten nennen als Zukunftsproblem:
*»Es gibt in Zukunft immer weniger Vollzeitbeschäftigte
 und immer mehr Zweit- und Nebenjobs.«*

Gesamtbevölkerung	60	14- bis 34-Jährige	52
Frauen	60	35- bis 54-Jährige	64
Männer	60	55-Jährige und älter	63

Natürlich gibt es für alle genug zu tun. Und beschäftigen kann sich jeder. Nur: »Vollbeschäftigung« in dem Sinne, dass für alle genügend »bezahlte« Arbeit da ist, von der auch alle sorgenfrei leben können – diese Art von Beschäftigungsgarantie gibt es in Zukunft nicht mehr.

Ganz nüchtern diagnostizieren und prognostizieren 60 Prozent der Bevölkerung und 61 Prozent der Berufstätigen, dass Vollbeschäftigung keine Zukunft mehr hat: »Es gibt in Zukunft immer weniger Vollzeitbeschäftigte und immer mehr Zweit- und Nebenjobs.«

Viele Menschen können von ihrem Hauptverdienst nicht mehr leben. Etwa eine Million Erwerbstätige in Deutschland bezieht nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit zusätzlich zu ihrem Einkommen Arbeitslosengeld II. Die Diskussion um Mindest- und Kombilohnmodelle spitzt sich in Zukunft weiter zu.

Der verbreitete Optimismus von Wirtschaftsverbänden und Arbeitsagenturen täuscht: *Die Beschäftigung wächst, aber die Zahl der Vollzeitstellen sinkt.* Vollbeschäftigung heißt nicht Vollzeitbeschäftigung. Der Trend zur Teilzeitarbeit ist unaufhaltsam: Im Jahr 2030 wird jeder Zweite keine Vollzeitstelle mehr haben (1997: 22 % – 2009: 34 % – 2020: 42 % – 2030: 50 %). Im Verlauf von vier Jahrzehnten wird sich der *Anteil der Teilzeitbeschäftigten verdoppeln.* Teilzeitbeschäftigte sind aus Unternehmenssicht *produktiver und flexibler* einsetzbar.

Zugleich stehen immer weniger Vollzeiterwerbstätigen immer mehr Nebenjobber und Gelegenheitsarbeiter gegenüber: »Freelancer«, »Praktikanten« und »Subunternehmer« – ohne feste Anstellung. Diese neuen Jobnomaden sind *billig, willig und problemlos.* Seit dem Jahr 2003 sind geringfügige Beschäftigungen im Nebenjob für Arbeitnehmer abgabenfrei. Das macht diese *Zweitjobs als Zuverdienst* so attraktiv.

Im Zeitalter der Globalisierung muss auch die *Frage nach der sozialen Gerechtigkeit* neu gestellt werden. Denn die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Der französische Soziologe André Gorz brachte dieses Problem schon vor der Jahrhundertwende auf den Punkt: »Die Länder der EU sind in den letzten zwanzig Jahren um 50 bis 70 Prozent reicher geworden. Die Wirtschaft ist viel schneller gewachsen als die Bevölkerung. Trotzdem zählt die EU jetzt zwanzig Millionen Arbeitslose, fünfzig Millionen Arme und fünf Millionen Obdachlose. Was ist mit dem zusätzlichen Reichtum geschehen?« (Gorz 1997, S. 35).



Horst W. Opaschowski

Der Deutschland-Plan

Was in Politik und Gesellschaft getan werden muss

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 256 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-579-06671-4

Gütersloher Verlagshaus

Erscheinungstermin: November 2011

Die Weichenstellung für die nahe Zukunft Deutschlands

Die Bürger verlieren zunehmend ihr Vertrauen in die Fähigkeit der Politik. Die Sehnsucht nach Vorsorge und Verlässlichkeit wächst.

Der Zukunftsforscher Horst W. Opaschowski macht in seinem neuen Buch die problematischen und angstbesetzten Szenarien greifbar: Wenn die Politik weiterhin nur reagiert und die Zukunft verschläft, müssen wir mit Wohlstandsverlust, Datendiebstahl im großen Stil, Altersarmut, Überschuldung, sozialer Kälte und sogar mit dem Kollaps der Sozialsysteme rechnen. Eindringlich warnt der Autor vor den Folgen einer Politik ohne Zukunftsverantwortung. Gleichzeitig entwirft er aber auch einen »Deutschland-Plan« als Weichenstellung für die nahe Zukunft. Seine Dringlichkeitsliste sieht Entschuldung, Maß- und Haushalten, Sicherung sozialer Lebensqualität für alle Lebensalter und die Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung in Zukunftsbranchen und Zukunftstechnologien vor.

»Wenn einer darüber Auskunft geben kann, wohin sich die deutsche Gesellschaft in den nächsten Jahren entwickelt, dann dieser moderne Seher.« DIE WELT



[Der Titel im Katalog](#)